

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 45 | 10.11.2017

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

SAVE THE DATE

[Eröffnungsveranstaltung des LIT Labs for Digital Transformation and Law an der JKU Linz am 11. Jänner 2018](#)

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 146/2017](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über den Ausspruch des Verfassungsgerichtshofs, dass **§ 12a Z 2 und die Anlage B des Ausländerbeschäftigungsgesetzes verfassungswidrig** waren

[BGBl I 147/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Gebührengesetz 1957**, BGBl. Nr. 267/1957, geändert wird (Abschaffung der Mietvertragsgebühr bei Verträgen über die Miete von Wohnräumen; Entlastung neuer Wohnungsmieter, die sich ohnedies oft in einer finanziell angespannten Situation befinden; Reduzierung des Verwaltungsaufwands beim Finanzamt für Gebühren, Verkehrsteuern und Glücksspiel infolge des Entfalls der Mietvertragsgebühr)

[BGBl I 148/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den Schutz der Tiere (**Tierschutzgesetz – TSchG**) geändert wird (Zulässigkeit der öffentlichen (online) Vermittlung von Tieren in bestimmten Fällen; die Vermittlung von einzelnen Tieren wird an ein Mindestalter der zu vermittelnden Tiere geknüpft; als Nachweis, dass Hunde bereits vor gewünschter Weitergabe in Österreich gehalten wurden, ein diesbezüglicher zeitlicher Nachweis durch einen Auszug aus der Heimtierdatenbank eingeführt)

[BGBl I 149/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bankwesengesetz**, das **Bundesgesetz über die Wertpapier- und allgemeinen Warenbörsen 2018**, das **Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz**, das **Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz**, das **Kapitalmarktgesetz**, das **Versicherungsaufsichtsgesetz 2016** und das **Zahlungsdienstegesetz** geändert werden (Anpassung der Proportionalitätskriterien im Zusammenhang mit der Bildung von Ausschüssen des Aufsichtsrats von Kreditinstituten; Überarbeitung des Rechtsrahmens für die Organisation der internen Revision bei Kreditinstituten; Einführung verbindlicher Rechtsauskünfte durch die FMA mittels Auskunftsbeseids; Abschaffung des physisch unterfertigten Prospektentwurfs zugunsten

eines elektronischen Billigungsverfahrens; Einführung einer Verpflichtung der FMA zur jährlichen Veröffentlichung von Prüfungsschwerpunkten sowie zur Durchführung von Begutachtungsverfahren bei Verordnungen, Rundschreiben, Leitfäden und Mindeststandards; Schaffung eines Rechtsrahmens für die Auslagerung von betrieblichen Aufgaben)

[BGBl I 150/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bankwesengesetz**, das **Investmentfondsgesetz 2011**, das **Nationalbankgesetz 1984** und das **Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz** geändert werden (Sicherstellung der Anwendung der VO (EU) 2016/867 über die Erhebung granularer Kreditdaten und Kreditrisikodaten durch technische Änderungen des § 75 Bankwesengesetz)

[BGBl I 151/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Pensionsgesetz 1965, das Bundestheaterpensionsgesetz, das Bundesbahn-Pensionsgesetz und das Bezügegesetz geändert werden (**Pensionsanpassungsgesetz 2018** – PAG 2018) (Schaffung einer der Höhe nach gestaffelten Pensionsanpassung 2018 über den Anpassungsfaktor hinaus)

[BGBl II 306/2017](#)

Elfte Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Verordnung der Bundesministerin für Inneres über die vorübergehende **Wiedereinführung von Grenzkontrollen** an den Binnengrenzen geändert wird

[BGBl II 307/2017](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, mit der die **Arbeitnehmerschutzverordnung Verkehr 2011** geändert wird

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 290 v 09.11.2017, 19](#)

Beschluss (EU) 2017/2007 des Rates vom 8. November 2017 zur Festlegung der **finanziellen Beiträge** der Mitgliedstaaten zum **Europäischen Entwicklungsfonds**, einschließlich der dritten **Tranche 2017**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

25.09.2017, [G 8/2017 ua](#)

ArzneimittelG; ApothekenG; Zurückweisung des Individualantrags auf Aufhebung von Regelungen über den **Apothekenvorbehalt für nicht rezeptpflichtige Arzneimittel** und das Verbot des Fernabsatzes mangels Zuordnung der vorgetragenen Bedenken zu den angefochtenen Bestimmungen

25.09.2017, [G 403/2016 ua](#)

ABGB; Abweisung der – zulässigen – Parteianträge auf Aufhebung von Bestimmungen des ABGB über die subsidiäre **Bestellung eines Rechtsanwalts oder Notars zum Sachwalter** und die vorgesehene **Ablehnungsmöglichkeit**; kein Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot der EMRK und gegen den Gleichheitsgrundsatz; keine Unsachlichkeit in Bezug auf Sachwaltervereine

26.09.2017, [V 25/2017 ua](#)

Oö LustbarkeitsabgabeG; keine Gesetzwidrigkeit von Bestimmungen der LustbarkeitsabgabeO 2016 der Stadtgemeinde Traun betreffend die **Festlegung des Abgabenschuldners bei der Besteuerung von Wettterminals**

26.09.2017, [E 1511/2017 ua](#)

Tir JagdG; Entzug des gesetzlichen Richters durch Einstellung von Beschwerdeverfahren gegen **Abschussplanbescheide** wegen Ablaufs des Jagdjahres; **rechtliche Wirkungen** von Abschussplanbescheiden auch nach Ende ihres zeitlichen Geltungsbereichs

26.09.2017, [E 2715/2016](#)

11.10.2017, [E 502/2017](#); [E 3016/2017](#)

BFA-VerfahrensG; Anlassfälle zu VfGH 26.09.2017, [G 134/2017 ua](#)

27.09.2017, [E 820/2016 ua](#)

Stmk RaumordnungsG; Anlassfall zu VfGH 27.09.2017, [V 29/2017 ua](#)

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

20.06.2017, [Ra 2016/01/0288](#)

AVG; VwGVG; ggst enthielt die Beschwerde des Rw gegen die Abweisung seines Antrags auf internationalen Schutz – wenn auch nur kurzgefasst – eine Darstellung der Fluchtgründe in deutscher Sprache; als Beilage wurden weitere Beschwerdegründe in arabischer Sprache genannt; dieses Vorbringen war jedenfalls ausreichend, um von Beschwerdegründen gem § 9 Abs 1 Z 3 VwGVG sprechen zu können; Nichtvorliegen eines Mangels iSd § 13 Abs 3 AVG iVm § 17 VwGVG; dass weitere etwaige **Beschwerdegründe** nicht in **deutscher Sprache** abgefasst wurden, berechtigte das BVwG nicht, die Beschwerde als unzulässig zurückzuweisen

18.10.2017, [Ro 2016/13/0012](#)

StabilitätsabgabeG; AEUV; dem EuGH wird folgende **Frage zur Vorabentscheidung** vorgelegt: Widerspricht eine Regelung, die eine Abgabe von der Bilanzsumme der Kreditinstitute vorsieht, der Dienstleistungsfreiheit nach Art 56 ff AEUV und/oder der Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit nach Art 63 AEUV, wenn ein Kreditinstitut mit Sitz in Österreich für Bankgeschäfte mit Kunden in der übrigen EU zur Entrichtung der Abgabe herangezogen wird, während dies auf ein Kreditinstitut mit Sitz in Österreich, das solche Geschäfte als Gruppenspitze einer Kreditinstitutsgruppe über ein gruppenzugehöriges Kreditinstitut mit Sitz in der übrigen EU tätigt, dessen Bilanz wegen der Gruppenzugehörigkeit mit der Bilanz des als Gruppenspitze fungierenden Kreditinstituts zu konsolidieren ist, nicht zutrifft, weil die Abgabe von der unkonsolidierten Bilanzsumme zu entrichten ist?

C. VERWALTUNGSGERICHE

LVwG Oö 25.10.2017, [LVwG-490092](#)

EMRK; VwGVG; da ein **Vollstreckungs- als bloßes Annexverfahren kein Strafverfahren iSd Art 6 EMRK** darstellt, § 44 VwGVG jedoch für Erkenntnisverfahren über eine strafrechtliche Anklage konzipiert wurde, findet diese die öffentliche Verhandlung regelnde Sonderbestimmung keine Anwendung für Verfahren zur Vollstreckung eines Straferkenntnisses oder Strafvollzugsverfahrens; diesbezüglich bleibt es vielmehr bei der Anwendbarkeit der generellen Bestimmung des § 24 VwGVG über die Verhandlung vor dem VwG in Verwaltungssachen; somit konnte gem § 24 Abs 4 VwGVG ungeachtet eines Parteienantrags von einer Verhandlung abgesehen werden, weil im ggst Verwaltungsverfahren nur Rechtsfragen zum beantragten Aufschub des Strafvollzugs zu lösen waren, die mündliche Erörterung eine weitere Klärung nicht erwarten ließ und dem Entfall der Verhandlung weder Art 6 Abs 1 EMRK noch Art 47 GRC entgegenstand

LVwG Oö 30.10.2017, [LVwG-411664 ua](#)

AEUV; B-VG; VwGG; VfGG; dem EuGH wird folgende **Frage zur Vorabentscheidung** vorgelegt: Ist eine solche Kombination von Verfahrenssystem und Gerichtsorganisation, wie sie in Österreich für die Gerichtsbarkeit des Öffentlichen Rechts in den Art 133 Abs 4 B-VG und Art 144 Abs 1 B VG iVm den §§ 41, 42 und 63 VwGG einerseits bzw iVm § 87 VfGG andererseits festgelegt ist, mit der in Art 49 AEUV gewährleisteten Niederlassungsfreiheit bzw mit der in Art 56 AEUV gewährleisteten Dienstleistungsfreiheit vereinbar?

LVwG Oö 30.10.2017, [LVwG-800280](#)

GewO; Oö SperrzeitenVO; die Sperrzeitenregelung betrifft das Recht zur **Ausübung des Gastgewerbes**, also das persönliche Recht, während die Betriebsanlagengenehmigung ein dingliches Recht darstellt; bei der Gewerbebeanmeldung ist die jeweilige Betriebsart, in der das Gastgewerbe betrieben werden soll, anzugeben; dieses persönliche Recht der Gewerbeausübung wird durch den Betriebsanlagengenehmigungsbescheid nicht berührt bzw abgeändert; wurde vom Bf das Gastgewerbe in der Betriebsart „Café“ angemeldet, für das nach der SperrzeitenVO eine Sperrstunde von 4:00 Uhr gilt, während für die Betriebsart „Gasthaus“ eine solche von 2:00 Uhr vorgesehen ist, erweist sich die Bestrafung des Bf ungeachtet dessen, dass die Betriebsanlagengenehmigung auf „Gastgewerbebetrieb in der Betriebsart Gasthaus“ lautet, als rechtswidrig, wenn ihm das Offenhalten seines Lokals um 2:30 Uhr – und damit nicht nach 04:00 Uhr – angelastet wurde

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[09.11.2017, Rs C-98/15, Espadas Recio](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 97/81/EG – Rahmenvereinbarung von UNICE, CEEP und EGB über Teilzeitarbeit – Paragraph 4 – Männliche und weibliche Arbeitnehmer – Gleichbehandlung im Bereich der sozialen Sicherheit – Richtlinie 79/7/EWG – Art 4 – **Teilzeitbeschäftigter** mit **vertikaler Arbeitszeitvereinbarung** – Leistung bei **Arbeitslosigkeit** – Nationale Regelung, nach der zur **Festlegung** der **Bezugsdauer** der Leistung die Tage, an denen nicht gearbeitet wurde, von den Beitragszeiten ausgeschlossen werden

[09.11.2017, Rs C-489/15, CTL Logistics](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Eisenbahnverkehr** – Richtlinie 2001/14/EG – **Wegeentgelt** – Entgeltregelung – Nationale Regulierungsstelle, die gewährleistet, dass die Wegeentgelte der Richtlinie entsprechen – **Infrastrukturnutzungsvertrag** zwischen dem Betreiber der Eisenbahninfrastruktur und einem Eisenbahnunternehmen – **Diskriminierungsverbot** – Erstattung von Entgelten ohne Beteiligung der Regulierungsstelle und außerhalb der Rechtsbehelfsverfahren, an denen sie beteiligt ist – Nationale Regelung, wonach der Zivilrichter bei einem **Entgelt**, das nicht der **Billigkeit entspricht**, einen angemessenen Betrag festsetzen darf

[09.11.2017, Rs C-649/15 P, TV2/Danmark / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Art 107 Abs 1 AEUV – **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk** – Maßnahmen der dänischen Behörden zugunsten der dänischen Rundfunkanstalt TV2/Danmark – Begriff ‚staatliche Beihilfen oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen‘ – **Urteil Altmark**

[09.11.2017, Rs C-656/15 P, Kommission / TV2/Danmark](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Art 107 Abs 1 AEUV – **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk** – Maßnahmen der dänischen Behörden zugunsten der **dänischen Rundfunkanstalt TV2/Danmark** – Begriff ‚staatliche Beihilfen oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen

[09.11.2017, Rs C-657/15 P, Viasat Broadcasting UK / TV2/Danmark](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Art 107 Abs 1 AEUV – **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk** – Maßnahmen der dänischen Behörden zugunsten der dänischen Rundfunkanstalt TV2/Danmark – Begriff ‚staatliche Beihilfen oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen‘ – **Urteil Altmark**

[09.11.2017, Rs C-46/16, LS Customs Service](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Verordnung (EWG) Nr 2913/92 – **Zollkodex** der Gemeinschaften – **Nichtgemeinschaftswaren** – Externes gemeinschaftliches Versandverfahren – **Einfuhrabgabenpflichtige Waren**, die der zollamtlichen Überwachung entzogen werden – Ermittlung des Zollwerts – Art 29 Abs 1 – Voraussetzungen für die Anwendung der **Transaktionswertmethode** – Art 30 und 31 – Wahl der Methode der **Zollwertermittlung** – Verpflichtung der Zollbehörden, die Wahl einer bestimmten Methode zu begründen

[09.11.2017, Rs C-204/16 P, SolarWorld/ Rat](#)

Rechtsmittel – Dumping – Durchführungsverordnung (EU) Nr 1238/2013 – Art 3 – Einführen von **Fotovoltaikmodulen** aus **kristallinem Silicium** und Schlüsselkomponenten davon (Zellen) mit Ursprung in oder versandt aus **China** – Endgültiger Antidumpingzoll – **Befreiung der Einfuhren**, die von einem angenommenen **Verpflichtungsangebot** abgedeckt sind – Trennbarkeit

[09.11.2017, Rs C-205/16 P, SolarWorld / Brandoni solare und Solaria Energia y Medio Ambiente](#)

Rechtsmittel – Subventionen – Durchführungsverordnung (EU) Nr 1239/2013 – Art 2 – Einführen von **Fotovoltaikmodulen** aus **kristallinem Silicium** und Schlüsselkomponenten davon (Zellen) mit Ursprung in oder versandt aus **China** – Endgültiger Ausgleichszoll – **Befreiung der Einfuhren**, die von einem angenommenen **Verpflichtungsangebot** abgedeckt sind – Trennbarkeit

[09.11.2017, Rs C-217/16, Dimos Zagoriou](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Entscheidung der Europäischen Kommission über die **Wiedereinziehung ausgezahlter Beiträge**, die ein **vollstreckbarer Titel** ist – Art 299 AEUV – **Zwangsvollstreckung** – Vollstreckungsmaßnahmen – Bestimmung des für Vollstreckungssachen zuständigen nationalen Gerichts – Bestimmung der Person, der die Zahlungspflicht obliegt – Voraussetzungen für die Anwendung der nationalen Verfahrensmodalitäten – **Verfahrensautonomie** der Mitgliedstaaten – Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität

[09.11.2017, Rs C-227/16, Arts](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Landwirtschaft** – Gemeinsame Agrarpolitik – Verordnung (EG) Nr 73/2009 – **Betriebsprämienregelung** – **Kälbermäster**, der einen **Integrationsvertrag** geschlossen hat – Vertragsklausel, wonach die Betriebsprämie dem Integrationsbetrieb zusteht – Zulässigkeit

[09.11.2017, Rs C-298/16, Ispas](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Allgemeine Grundsätze** des Unionsrechts – Recht auf eine **ordnungsgemäße Verwaltung** und **Verteidigungsrechte** – Nationale Steuerregelung, die im Rahmen des Steuerverfahrens ein Anhörungsrecht und ein Recht, informiert zu werden, vorsieht – **Mehrwertsteuerbescheid**, der von nationalen Steuerbehörden erlassen wird, **ohne dem Steuerpflichtigen Zugang** zu den dem **Bescheid zugrunde liegenden Informationen** und Dokumenten zu gewähren

09.11.2017, Rs C-306/16, *Maio Marques da Rosa*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz der Sicherheit und der Gesundheit der Arbeitnehmer – Richtlinie 2003/88/EG – Art 5 – **Wöchentliche Ruhezeit** – Nationale Vorschrift, die wenigstens **einen Ruhetag pro Siebentageszeitraum** vorsieht – Zeiträume von **mehr als sechs aufeinanderfolgenden Arbeitstagen**

09.11.2017, Rs C-423/16 P, *HX / Rat*

Rechtsmittel – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – **Restriktive Maßnahmen** gegen die Arabische Republik **Syrien** – Restriktive Maßnahmen gegen eine **im Anhang** eines Beschlusses **aufgeführte Person** – Verlängerung der Gültigkeitsdauer dieses Beschlusses während des Verfahrens vor dem Gericht der Europäischen Union – In der mündlichen Verhandlung und nicht mit gesondertem Schriftsatz beantragte **Anpassung der Klageschrift** – Art 86 der Verfahrensordnung des Gerichts – Bulgarische Sprachfassung – **Nichtigerklärung des ursprünglichen Beschlusses**, mit dem der Betreffende in die Liste der Personen, gegen die restriktive Maßnahmen verhängt werden, aufgenommen wurde, durch das Gericht – **Außerkräfttreten des Verlängerungsbeschlusses** – Fortbestand des Gegenstands der beantragten Anpassung der Klageschrift

09.11.2017, Rs C-499/16, *AZ*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 98 – **Befugnis** der Mitgliedstaaten, auf **bestimmte** Lieferungen von **Gegenständen und Dienstleistungen** einen **ermäßigten Steuersatz** anzuwenden – Anhang III Nr 1 – **Lebensmittel** – Feine Backwaren – Mindesthaltbarkeits- oder Verfallsdatum – Grundsatz der steuerlichen Neutralität

09.11.2017, Rs C-522/16, *Wind Innovation 1*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerwesen – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – **Auflösung einer Gesellschaft**, die deren **Streichung** aus dem **Mehrwertsteuerregister** zur Folge hat – Verpflichtung, die Mehrwertsteuer auf die **vorhandenen Aktiva** zu berechnen und die **berechnete Mehrwertsteuer an den Staat abzuführen** – Beibehaltung oder Änderung des zum Zeitpunkt des Beitritts zur Europäischen Union bestehenden Gesetzes – Art 176 Abs 2 – **Auswirkung** auf das Recht auf **Vorsteuerabzug** – Art 168

09.11.2017, Rs C-641/16, *Tünkers France und Tünkers Maschinenbau*

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Insolvenzverfahren** – Verordnung (EG) Nr 1346/2000 – **Zuständiges Gericht** – Im Zusammenhang mit einem Insolvenzverfahren erhobene **Klage wegen unlauteren Wettbewerbs** – Klage einer **Gesellschaft** mit **Sitz** in einem **anderen Mitgliedstaat** gegen den **Übernehmer eines Geschäftsbereichs** der Gesellschaft, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde – Mit dem Insolvenzverfahren **nicht zusammenhängende Klage** oder Klage, die unmittelbar aufgrund dieses Verfahrens erhoben wird und in engem Zusammenhang damit steht“

B. SCHLUSSANTRÄGE

09.11.2017, Rs C-233/16, *ANGED (GA Kokott)*

Vorabentscheidungsersuchen – **Niederlassungsfreiheit** – **Regionale Abgabe** für große individuelle Einzelhandelseinrichtungen – **Mittelbare Beeinträchtigung**, da statistisch gesehen **überwiegend ausländische Handelsketten betroffen** sind – Abgabenbefreiung und Abgabenermäßigung für Dritte als unzulässige Beihilfe – Auswirkungen von Schreiben der Kommission auf die Beurteilung als **unzulässige Beihilfe**

09.10.2017, verb Rs C-234/16 und C-235/16, *ANGED (GA Kokott)*

Vorabentscheidungsersuchen – **Niederlassungsfreiheit** – **Regionale Abgabe** für große Einzelhandelseinrichtungen – **Mittelbare Beeinträchtigung**, da statistisch gesehen **überwiegend ausländische Handelsketten betroffen** sind – Nichterfassung und Abgabenbefreiungen als **unzulässige Beihilfe**

[09.11.2017, verb Rs C-236/16 und C-237/16, ANGED \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Niederlassungsfreiheit** – **Regionale Abgabe** für große Einzelhandelseinrichtungen – **Mittelbare Beeinträchtigung**, da statistisch gesehen **überwiegend ausländische Handelsketten betroffen** sind – Nichterfassung und Abgabenbefreiungen als **unzulässige Beihilfe**

[09.11.2017, Rs C-359/16, Altun ua \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Wanderarbeitnehmer** – Soziale Sicherheit – Anzuwendende Rechtsvorschriften – Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – Art 14 Abs 1 Buchst a – **Entsandte Arbeitnehmer** – Verordnung (EWG) Nr 574/72 – Art 11 Abs 1 – Bescheinigung E 101 – Verbindlichkeit – Auf **betrügerische Weise** erlangte oder geltend gemachte Bescheinigung

C. GERICHT

[08.11.2017, Rs T-80/17, Steiniger / EUIPO – ista Deutschland \(IST\)](#)

Unionsmarke – Widerspruchsverfahren – Anmeldung der **Unionsbildmarke IST** – Ältere Unionsbildmarke ISTA – Relatives Eintragungshindernis – **Verwechslungsgefahr** – Relevante Verkehrskreise – **Ähnlichkeit** der **Waren** und **Dienstleistungen** – Ähnlichkeit der Zeichen – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009 (jetzt Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung [EU] 2017/1001)

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

06.11.2017, Beschwerde Nr [43494/09](#), Garib / Niederlande (GK)

Keine Verletzung von **Art 2 4. ZP EMRK** (Freizügigkeit und Recht auf freie Wohnsitzwahl); keine Verletzung der von Sozialhilfe lebenden Bf, welche die Voraussetzungen zum Erhalt einer **Wohngenehmigung** in einem Rotterdamer Bezirk nicht erfüllen konnte, in ihrem Recht auf freie Wohnsitzwahl; die **Einschränkungen** bei der Erteilung von Wohngenehmigungen dienen dem **legitimen Ziel**, die Folgen der Verarmung gewisser Stadtteile zu vermindern, und sind konventionskonform; Urteil vom 23.02.2016 wurde von der Großen Kammer bestätigt

07.11.2017, Beschwerde Nr [35082/13](#), Cherednichenko ua / Russland

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Fehlen** von **einheitlichen Regeln** für den Beginn der Rechtsmittelfrist in Zivilprozessen im innerstaatlichen Recht; eine **Ablehnung** des **Rechtsmittels** aufgrund unterschiedlicher Interpretationen der nationalen Gesetze durch die Gerichte und das daraus resultierende Risiko der wiederholenden Antragseinbringung stellt daher eine **Konventionswidrigkeit** dar

07.11.2017, Beschwerde Nr [24703/15](#), Egill Einarsson / Island

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Privat- und Familienleben); **Ablehnung** der Verleumdungsklage eines bekannten Bloggers wegen Vergewaltigungsvorwürfen gegen ihn; inländisches Gericht befand die Bezeichnung „fuck you rapist bastard“ nicht als **Verleumdung**, obwohl die Staatsanwaltschaft die Vorwürfe wegen sexuellen Straftaten eine Woche zuvor fallengelassen hatte; **keine faire Balance** zwischen dem Recht auf Privat- und Familienleben des Bf und dem Recht auf Meinungsäußerungsfreiheit der Person, die den Post verfasste

09.11.2017, Beschwerde Nr [47274/15](#), Hentschel und Stark / Deutschland

Verletzung von **Art 3 EMRK** (Verbot der Folter und unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung); **Übergriffe** der Polizei gegen die Bf bei Fußballspiel; Identifizierung der Beamten durch die Bf war im Nachhinein nicht möglich, da die Beamten Schutzhelme mit Visier und Uniformen ohne Namensschilder trugen; **kein Verstoß** gegen das Verbot der Folter und unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung stellen die Übergriffe der Beamten dar, da diese nicht bewiesen werden können; die **mangelnde Aufklärung** des Vorfalles hingegen stellt einen **Verstoß** gegen das Verbot der Folter und unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung (**verfahrensrechtlicher Aspekt**) dar; die Sichtung von vorhandenem Videomaterial und die Befragung von Zeugen hätten von unabhängiger Seite durchgeführt werden müssen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.